LEITARTIKEL

VON RAINER NOWAK

Wie man die Europäische Union demoliert

Die Zentralbank druckt tonnenweise Geld, das die neue Linke verschenken will. Siegt sie in Griechenland und anderswo, gibt es diese EU nicht mehr.

Ewald Nowotny weiß, wie man Sorgen zerstreut: „Wir haben unser gesamtes Pulver verschossen." Sagte er an dem Tag, nachdem er zwar brav, aber offenbar zögerlich der größten Gelddruckaktion der Europäischen Zentralbank zugestimmt hatte. Wenn diese Übung nicht gelingt, gibt es also keine Möglichkeit seitens der EZB mehr. Alles vorbei mit Währung, Wirtschaft und Euro. Danke für die klärenden Worte, Herr Nowotny.

Ab März wird die Europäische Zentralbank wie mehrfach berichtet also jeden Monat 60 Milliarden Euro in Staatsanleihen der Euroländer und in Unternehmensanleihen stecken. Das passiert 19 Mal. Die Kosten dieser volkswirtschaftlichen Operation am offenen Herzen veranschlagen wir bei 1,14 Billionen Euro. Und nicht einmal der Präsident der Notenbank wirkt so, als wäre er zu 100 Prozent überzeugt. Er hätte noch zugewartet . . .

In den südeuropäischen Ländern reagierten die Staatskanzleien hingegen ebenso begeistert wie jene, die in Europas sozialdemokratischen Parteizentralen das große Feindbild sind: die Aktien- und Finanzmärkte und die dazugehörigen Händler. Wenn die EZB Staatsanleihen aufkauft und so ihren Preis ins Irreale drückt, können sich zwei freuen: Spekulant und Finanzminister. Allerdings nur kurz.

Denn wie leicht das Experiment mit Millionen Versuchskaninchen schiefgehen kann, hat der Chefökonom dieser Zeitung, Josef Urschitz, klar und deutlich formuliert: Die Geldflut verbilligt die Finanzierung der Staatsschulden beziehungsweise hält sie weiter günstig. Somit sinkt der Druck, die Staatsschulden zu verringern beziehungsweise ihre Erhöhung abzuschwächen. Vor allem aber: Zu viel Geld gibt es da draußen bereits, und dennoch fehlen die notwendigen Investitionen der Wirtschaft, Unternehmer und Konzerne unterstehen nämlich nicht Mario Draghis Befehl, sondern folgen ihrer eigenen Markteinschätzung. Einiges spricht also dafür, dass auch das neue Geld im System – also in Banken und Börsen – stecken bleibt und nur eines bewirkt: dass die Aktien- und Immobilienblase größer und größer wird. Womit die Hilfsaktion die Situation deutlich verschlimmern könnte, da Blasen die ärgerliche Eigenschaft besitzen, irgendwann zu platzen. Was also wird nun mit großer Sicherheit passieren – oder ist längst geschehen? Der Ruf nach staatlichen und gesamteuropäischen Rieseninvestitionen auf Pump wird lauter und lauter. Die Schuldenberge sollen wachsen statt schrumpfen.

Unter anderem dafür setzt sich etwa in Griechenland der Favorit der morgigen Wahl ein. Siegt die griechische Syriza-Bewegung wie erwartet, wird dies Vorbild für alle Linksparteien auf dem Kontinent sein, sich (noch) weniger mit Staatsverantwortung oder Vernunft zu beschäftigen, sondern doch besser in Stimmung zu kommen und Wahlen zu gewinnen: Wähler, wir sparen nicht mehr, geben lieber euch und dem System Geld – auf dass es uns besser geht. Schnell zum Griechen ums Eck, Udo Jürgens sozialkritisches „Griechischer Wein" anstimmen und nicht lang nachdenken.

Einen Vorgeschmack haben acht Mandatare von SPÖ und Grüne geliefert. In einem Video werben sie mehr oder weniger offen für die griechischen Linkspopulisten. Da heißt es dann schon einmal ganz schlicht: „Ländern Sparvorgaben zu machen ist der falsche Weg." Eine Abgeordnete der regierenden Kanzlerpartei stellt offen die gesamte Konstruktion der EU infrage. Maastricht? Defizitgrenzen? Weg damit. Es gehört nicht viel Vorstellungskraft dazu, sich auszumalen, was in den kommenden Monaten noch so alles infrage gestellt werden wird: Wozu freie Marktwirtschaft als zentrales Ziel der Union? Wozu überhaupt diese Union? Die neue Linke erledigt das, was die Rechts-außen-Rechte immer gern wollte: das Ende dieser EU.

Nein, das ist kein Horrorszenario, das passiert gerade alles. Hinterher sagen wir einfach, die bösen Banken waren es.

E-Mails an: rainer.nowak@diepresse.com

Radikale Linke will Europa erobern

Analyse. Podemos und Syriza sind zum EU-Exportmodell geworden: Der neue EU-Linkspopulismus punktet mit dem Feindbild Brüssel – und dank der Misserfolge der Sozialdemokratie.

VON SUSANNA BASTAROLI

Europas Toprevolutionäre wollen die EU radikal verändern: der Grieche Alexis Tsipras (l.) und der Spanier Pablo Iglesias beim Syriza-Wahlkampf in Athen. [EPA]

Es war eine medienwirksame Verbrüderung zwischen Europas Toprevolutionären: Arm in Arm traten Spaniens Podemos-Chef Pablo Iglesias und „Genosse" Alexis Tsipras Donnerstagabend bei einer Syriza-Wahlkundgebung in Athen auf die Bühne, aus Lautsprechern schallte Leonard Cohens „First we take Manhattan, then Berlin". Siegesbewusst rief der Spanier jubelnden Fans entgegen: „Ein Wind des Wandels weht durch Europa, in Griechenland heißt er Syriza, in Spanien Podemos!" Eine „Revolution in Europa" hatte Tsipras bereits in der Zeitung „El Pais" prophezeit.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich Iglesias und Tsipras als „Duo infernale" einer neuen radikalen EU-Linken geben. Ein Bloomberg-Kommentator schrieb bereits ironisch von „Tsiglesias" – so sehr ähnelten sich die Slogans der beiden, die grob zusammengefasst gegen so gut wie alles sind, was die EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik für den Euroraum vorsieht: Sie fordern nicht nur einen Schuldenschnitt, sondern auch die Abschaffung der „von EU und IWF diktierten Sparpolitik". Sie wollen die Wirtschaftsliberalisierung beenden und einen radikalen Sozialstaat einführen. Und sie geben sich als die politischen Saubermacher schlechthin, als die einzige Alternative zur korrupten Elite.

Angst vor Brüsseler „Kolonisierung"

„Tsiglesias" ist zum Exportmodell geworden. Linksparteien in ganz Europa lassen sich davon inspirieren: In Frankreich macht Front de Gauche mit ihren Slogans Stimmung, in Deutschland die Linkspartei. In Österreich drücken jetzt SPÖ-Politiker und Grüne Syriza für die Wahl am Sonntag die Daumen. In Irland, Portugal und Zypern punkteten bei der EU-Wahl im Mai linke Parteien dank Syriza, in Italien trat eine eigene „Tsipras Italien"-Liste an, die drei Mitglieder ins EU-Parlament schickte. Tsipras hat der Linksfraktion im EU-Parlament einen ordentlichen Schub gegeben: Mit dem Griechen als Spitzenkandidaten kam die GUE/NGL-Liste auf 52 Mandate – das beste Ergebnis seit 1999. Die radikale Linke ist für Südeuropäer kein Novum, seit Jahrzehnten ziehen marxistische oder maoistische Parteien in diesen Ländern eine Minderheit der Wähler an: Doch Podemos und Syriza „stellen ein neues Phänomen dar", analysiert Yves Bertoncini, Direktor des von Jacques Delors gegründeten Thinktanks Notre Europe in Paris. Genauso wie die rechtspopulistischen EU-Feinde punkten auch linksradikale EU-Skeptiker mit einer Ablehnung der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik – vor allem, indem sie Ängste vor dem „Souveränitätsverlust nach Brüssel" schüren: „Es sind zwei Seiten derselben Medaille", so Bertoncini: „Während in Nordeuropa rechtspopulistische Parteien mit einem Antisolidaritätsdiskurs auf Stimmenfang gehen *(mit Kritik an allzu teurer Hilfe für Krisenländer, Anm.)*, prangern an der EU-Peripherie linke Parteien die Kontrolle ihrer Länder durch Brüssel und Währungsfonds an."

Ungewollte Schützenhilfe haben die Linkspopulisten von der Sozialdemokratie bekommen: Syriza und Podemos geben sich nun als die einzigen glaubwürdigen Vertreter einer Ideologie, die eine „egalitäre Gesellschaft" zum Ziel hat; eine Utopie, die die Sozialdemokraten durch ihren eher wirtschaftsliberal ausgerichteten „Dritten Weg" aufgegeben haben. Linke Wähler in Südeuropa fühlen sich verraten, weil ausgerechnet Sozialdemokraten die schmerzvollen Sparprogramme umsetzten: Es waren linke Regierungen in Athen und Lissabon, die den Troika-Vorgaben zustimmten.

Der Hass auf die „Kaste"

Beflügelt wird die antisystemische Linke aber wohl weniger von der Ideologie, als von der Realität: In Spanien, Griechenland, Portugal, Irland oder Italien bereicherten sich auch sozialdemokratische Politiker auf Kosten der Bürger. In den Augen der Wähler dieser Länder gehört die etablierte Linke, ebenso wie Mitte-rechts-Parteien, zur verhassten „Kaste": Diese Elite wird – nicht ganz zu Unrecht – für die aktuelle Misere verantwortlich gemacht. „Podemos und Syriza verkörpern die Möglichkeit eines radikalen Neuanfangs", so Bertoncini. Die EU werde von den Populisten als Teil dieser Elite bezeichnet – im selben Atemzug wie „die Banken" und „der Währungsfonds". Wobei der Experte hervorhebt, dass weder Syriza noch Podemos strikt EU-feindlich sind: Im Gegensatz zu rechtsextremen Parteien wollen sie weder Euro- noch EU-Austritt – wobei sie die Grundbedingungen für den Verbleib in der Eurozone freilich infrage stellen.

Der Erfolg der Linkspopulisten zeige vor allem, wie wenig dieses Europa die ehemals EU-begeisterten Südeuropäer noch überzeuge. „In Spanien, Griechenland und Portugal galt die EU als Garant für demokratischen Fortschritt und Wohlstand. Seit der Krise dominiert das Gefühl, die EU-Mitgliedschaft bringe Verluste, nicht Gewinne."

Eine „Europäisierung" der radikalen Linken ist laut Bertoncini wenig wahrscheinlich. Dazu sei die Ausgangslage in den EU-Staaten zu unterschiedlich. Der Experte glaubt an einen „temporären Boom": Die Zustimmung für Podemos und Syriza hänge von der Wirtschaftsentwicklung ab, bei einer Konjunkturverbesserung würden sie an Zulauf verlieren. Der „Syriza-Effekt" ist vielleicht unmittelbar ein anderer: Der Erfolg des Linkspopulismus könnte moderate Linke in Südeuropa dazu bewegen, stärker vom Sparkurs abzuweichen.

Griechenland. Der Syriza-Chef gibt sich vor der Wahl am Sonntag siegesgewiss: Er wiederholt seine Kampfansage an Angela Merkel und verspricht Hilfe für Notleidende.

Alexis Tsipras möchte die Gläubigertroika vor die Tür setzen

Von unserem Korrespondenten
CHRISTIAN GONSA

Athen. Viel Stoff zum Nachdenken gab Alexis Tsipras, Chef des Radikalen Linksbündnisses (Syriza), den europäischen Partnern bei seiner abschließenden Wahlkampfrede am Donnerstag und in einer Pressekonferenz am gestrigen Freitag. Den Sieg seiner Partei bei den Wahlen vom Sonntag nahm er dabei bereits als gegeben hin – letzte Umfragen geben Syriza einen Vorsprung von vier bis sechs Prozent vor den regierenden Konservativen.

Einer offenen Kampfansage an die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, kommt seine Aussage vom Freitag gleich, dass eine Linksregierung nur die institutionellen Organe der Europäischen Union und die europäischen Verträge als Verhandlungsrahmen anerkennen wird. Mit Merkel selbst will er nur im Rahmen der europäischen Institutionen verhandeln. Verhandlungsteams der Gläubigertroika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds mit, seiner Aussage nach, „zweitrangigen Beamten" will er vor die Tür setzen.

Kostspielige Wahlversprechen

Die Troika sei eine „außerinstitutionelle Einrichtung", die von keinem EU-Vertrag anerkannt werde. Die von der Euro-Gruppe gesetzte Frist für den Abschluss der Überprüfung des laufenden Rettungsprogramms für Griechenland bis Ende Februar 2015 sei ein „willkürliches Datum".

Tsipras stellte klar, dass für Syriza Verhandlungsspielraum bis Juli 2015 besteht. Im Juli und im August werden allerdings Staatsanleihen in Höhe von über zehn Milliarden Euro fällig. Bis dahin müssten die Verhandlungen mit den europäischen Partnern abgeschlossen sein. Durch das am Donnerstag veröffentlichte Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Ankauf von Staatsanleihen in Höhe von insgesamt über einer Billion Euro sieht der Syriza-Chef seine Position gestärkt.

Griechenland wurde prinzipiell nicht von diesem Programm ausgeschlossen, die EZB stellte allerdings klar, dass nur Länder mit refinanzierten Anleihen zugelassen werden, und dass Länder, in denen Hilfsprogramme laufen, nur dann zum Zug kommen, wenn laufende Überprüfungen positiv abgeschlossen werden.

Bei der zentralen Wahlkampfveranstaltung von Syriza in Athen verteilte Tsipras indes kostspielige Versprechen an sämtliche Bevölkerungsgruppen: von Not leidenden Krisenopfern, hungernden Familien über Pensionisten, Arbeitslose, Hausbesitzer bis hin zum Militär. Konkret sprach er sich für die Wiedereinführung der Steuerfreigrenze von 12.000 Euro sowie für die Erhöhung von Mindestpensionen und -löhnen aus. Zudem will er die ungeliebte neue Immobiliensteuer und das Verbot der Versteigerung von Erstwohnsitzen abschaffen. Eine Steuer auf „Großgrundbesitz" sowie die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Korruption soll das alles finanzieren.

Unter dem Motto „Jede Stimme zählt" kämpfte Tsipras noch vor dem Urnengang am Sonntag um die absolute Mehrheit im Parlament. Aggressiv wandte er sich gegen Parteien, die sich als Partner im Cockpit einer Syriza-Regierung anbieten, doch in Wahrheit die Umsetzung der Sparpläne „Berlins und der Gläubiger" verfolgten. Durch diese Absage wollte er offensichtlich die Abwanderung strategischer Stimmen an kleine Mitte-links-Parteien wie Pasok oder Potami („Fluss") verhindern. In schrillen Tönen attackierte er die konservative Partei unter Premier Antonis Samaras, der ein TV-Duell mit dem Argument verweigert hatte, dass er von Tsipras öffentlich diffamiert worden sei. Der Syriza-Chef hatte von seinem Gegner als „Samaras und seiner rechtsradikalen Umgebung" gesprochen.

Morgen in der „Presse am Sonntag"
Lesen Sie am Tag der Griechenland-Wahl ein Porträt des Ex-Journalisten Stavros Theodorakis. Seine Partei, To Potami, gilt als Königsmacher für links und rechts.
ZUM ABO: DiePresse.com/abo
Die Presse am Sonntag
ÖSTERREICHS QUALITÄTSZEITUNG AM SONNTAG

ECONOMIC HIT MAN. [Markus Szyszkowitz]

KAFFEESIEDERBALL
... DER HÖHEPUNKT
DER WIENER BALLSAISON
EINTRITTSKARTEN
JETZT ONLINE BESTELLEN
WWW.KAFFEESIEDERBALL.AT
FACEBOOK.COM/KAFFEESIEDERBALL

Podemos auf dem Vormarsch

Spanien. Die Linksradikalen führen in allen Umfragen – und Ende des Jahres stehen Wahlen an. Angstkampagnen aus Madrid bewirken wenig.

Madrid. Im Internet hat Spaniens steil aufsteigende Bürgerallianz Podemos schon haushoch gewonnen: Auf Facebook hat die erst ein Jahr junge Linkspartei, die aus der Protestbewegung der Empörten erwachsen ist, bereits mehr als zehn Mal so viele Anhänger wie Spaniens regierende Volkspartei. Keine guten Vorboten für Premier Mariano Rajoy, der Ende 2015 zur Wiederwahl antreten will, aber nach einer Serie von Korruptionsskandalen mit dem Rücken an der Wand steht.

Auch wenn die Wahlen nicht im Internet entschieden werden, scheint die Zeit von Rajoy abgelaufen zu sein. Denn in Umfragen führt die neue Linkspartei Podemos deutlich, und zwar mit 28 Prozent der Stimmen. Rajoys Volkspartei, die 2011 noch mit mehr als 44 Prozent eine absolute Mehrheit eingefahren hat, stürzt Erhebungen zufolge auf 19 Prozent. Die zweite große Traditionspartei, die oppositionellen Sozialisten, würde mit 23 Prozent gleichfalls an Bedeutung verlieren.

Es scheint also, als ob die Angstkampagne der Konservativen, die wegen des unaufhaltsamen Aufstiegs des „Risikos" namens Podemos schon den Untergang des Königreichs beschwören, nicht bei den Bürgern ankommt. Ganz offenbar ist die Furcht vieler Menschen vor der bisherigen Selbstbedienungspolitik der Mächtigen und einer als sozial ungerecht empfundenen Sparpolitik größer als die Angst vor einem radikalen Kurswechsel. „Wir wollen die Empörung der Bürger in einen politischen Wechsel überführen", sagt Pablo Iglesias, der charismatische Podemos-Vorsitzende mit Pferdeschwanz. Als der 36 Jahre alte Politikdozent aus einem Madrider Arbeiterviertel dieser Tage im südspanischen Sevilla mit tausenden Anhängern das einjährige Bestehen seiner Empörten-Bewegung beging, wurde er gefeiert wie ein Rockstar. Davon kann Rajoy, der inzwischen zu den unbeliebtesten Politikern Spaniens gehört, nur träumen.

100 Millionen Euro Schulden pro Tag

Die Wahl in Griechenland und das Abschneiden Syrizas sind für Podemos so etwas wie eine Generalprobe für den Angriff auf die Macht in Spanien. Pablo Iglesias wendet sich ebenso wie Syriza-Chef Alexis Tsipras gegen die bisherige Austeritätspolitik und tritt für einen Schuldenschnitt ein, um Spanien von jenen gigantischen Tilgungslasten zu befreien, die 100 Millionen Euro pro Tag betragen. Tsipras feuert indes in „El País" Podemos an: „Der Sieg von Syriza ist die Botschaft eines neuen und hoffnungsvollen Wegs für Spanien. Der Süden geht vorwärts, um Europa zu verändern." (ze)

Athen ärmer als 2009

Griechenland. Die Schuldenmisere hat sich deutlich verschärft. Das zeigt eine Studie renommierter deutscher Ökonomen.

Berlin. „Griechenland hat etwas geschafft, was auch unsere schärfsten Kritiker anerkennen: den Ausstieg aus der Krise" – so euphorisch kommentierte der ehemalige griechische Finanzminister Ioannis Stournas Griechenlands Rückkehr auf den Kapitalmarkt im April des vergangenen Jahres.

Ein Optimismus, der nicht von allen Experten geteilt wird: Lüder Gerken und Matthias Kullas vom Centrum für Europäische Politik in Freiburg (CEP) führen diesen Teilerfolg lediglich auf die Bürgschaften der EU zurück, und nicht auf das Vertrauen der Investoren in den griechischen Wirtschaftsstandort. Im Gegenteil: Die Kreditfähigkeit Griechenlands verfalle trotz der bisher gewährten Finanzhilfen von 234 Milliarden Euro und den von der Troika oktroyierten Reformen nach wie vor ungebremst. Die Ursachen dafür beschreiben die Forscher mit ihrem „Default-Index".

Bankrott-Index

Dieser misst, wie sich die Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland insgesamt entwickelt. Er berücksichtigt dabei nicht nur die Staatsverschuldung und das Haushaltsdefizit, sondern auch das Kreditverhalten von Banken, Unternehmen und Konsumenten. Die zwei relevanten Größen dabei sind die benötigten Auslandskredite und nachhaltige Investitionen in den Wirtschaftsstandort. Der Bankrott-Index von Griechenland liegt im ersten Halbjahr 2014 bei minus 10,1 Punkten und befindet sich damit sogar um 0,6 Punkte unter dem Niveau von 2009, als die Insolvenz des Landes unmittelbar bevorgestanden ist.

Seit 2010 ist das griechische Bruttoinlandsprodukt um über 15 Prozent gesunken. Dadurch hat sich auch die Steuerbasis stetig verkleinert. Griechenland hat sich damit immer weiter vom Ziel entfernt, seine Schuldenlast (175 Prozent des BIPs) durch Steuereinnahmen aus eigener Kraft finanzieren zu können. Nachhaltige Investitionen in den Wirtschaftsstandort Griechenland schrumpfen seit 2011. Es wird immer noch mehr konsumiert als erwirtschaftet und die Wirkung des Schuldenschnitts von 2012 ist mittlerweile wieder verpufft. Deswegen sieht das CEP auch in einem erneuten Schuldenschnitt keine Lösung. Eine Wiedererlangung der Kreditfähigkeit sei nicht absehbar, so die CEP-Ökonomen. Auch Griechenlands aktueller Finanzminister, Gikas Hardouvelis, teilt nicht den Optimismus seines Vorgängers: Donnerstagabend brachte er einen Grexit als Ultima Ratio aufs Tapet. (dr)